



BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

An alle Mitglieder der
BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Kontakt: BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
c/o Marco Rauch
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefon: 030/24009-440
E.-Mail: bag.behindertenpolitik@die-linke.de
www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de

Spende an die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00
BIC: BEVODEBB
Berliner Volksbank eG
Stichwort: BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

20.10.2022

Arbeitsheft zur Mitgliederversammlung der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Liebe Genoss:innen, liebe Mitglieder,

hiermit erhaltet Ihr das Arbeitsheft zur Mitgliederversammlung der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik am 22.10.2022.

Dieses beinhaltet die Einladung, Tagesordnung, Kandidaturen sowie den Leitantrag.

Solltet ihr Fragen oder Probleme bei der Einwahl zur digitalen Mitgliederversammlung haben, meldet euch gerne bei mir unter der **(030) 24 009 440** oder **(0163) 7317835**.

i.A. Marco Rauch

- Koordinator der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik -

Tagesordnung und Zeitplan – 22. Oktober 2022

11.00 Uhr	Eröffnung und Begrüßung durch den Sprecher:innenrat der BAG Konstituierung der Mitgliederversammlung <ul style="list-style-type: none">• Wahl des Tagungspräsidiums• Beschluss über die Tagesordnung
11.10 – 12.30 Uhr	Antragsbehandlung und Aussprache zum Leitantrag des Bundessprecher:innenrates
12:30 – 13:00 Uhr	Fortsetzung der Mitgliederversammlung <ul style="list-style-type: none">• Wahl der Mandatsprüfungskommission• Wahl der Wahlkommission• Wahl der Antragskommission• Beschluss des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung
13.00 – 13.05 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
13:05 – 13:20 Uhr	Bericht der Inklusionsbeauftragten <ul style="list-style-type: none">• Margit Glasow, Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE• Bericht und Aussprache
13:20 – 15:35 Uhr	Bericht des Koordinators der BAG in der Bundesgeschäftsstelle <ul style="list-style-type: none">• Tätigkeitsbericht, Entwicklung der BAG und Finanzen• Aussprache
13.35 – 14.30 Uhr	Pause
14:30 – 16:00 Uhr	Rechenschaftsbericht des Bundessprecher:innenrates <ul style="list-style-type: none">• Bericht und Aussprache
16:00 Uhr	Entlastung des Bundessprecher:innenrates
16.00 – 16:20 Uhr	Kaffeepause
16:20 – 17:20 Uhr	Wahl des Bundessprecher:innenrates <ul style="list-style-type: none">• Erläuterung des Wahlverfahrens durch die Wahlkommission• Festlegung der Größe des Sprecher:innenrates• Vorstellung der Kandidat:innen für die Liste zur Sicherung der Mindestquotierung• Vorstellung der Kandidat:innen für die gemischte Liste
17.30 Uhr	Schlusswort des Bundessprecher:innenrates
Ab 17:30 Uhr:	Gemeinsame Diskussion und Austausch

Kandidaturen

Liebe Genossinnen und Genossen,

Inklusion und Menschenrechte – das sollen die Menschen mit dem Namen unserer Partei verbinden – das ist seit mehr als 10 Jahren mein Ziel. Denn solange bin ich in unserer BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik aktiv, habe die LAG in NRW mitgegründet, setze mich als Fraktionssprecher in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe für Inklusion ein und arbeite im Vorstand des Netzwerks für Leichte Sprache mit.

Viele von Euch kennen mich, weil ich 8 Jahre für die BAG als Koordinator in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN gearbeitet und z.B. viele Mitgliederversammlungen organisiert habe.



Rolf Kohn

Liebe Genossinnen und Genossen,

Inklusion ist für mich das Gegenmodell zu einer kapitalistischen Gesellschaft, die Menschen auf Grund ihrer Armut, des Geschlechts, ihres Alters, ihrer Behinderung, Sprache oder sexuellen Orientierung ausgrenzt. Inklusion steht für mich für die Teilhabe aller Menschen am politischen und gesellschaftlichen Leben. Und unter der „Fahne“ der Inklusion können wir es schaffen, alle ausgegrenzten und diskriminierten Menschen zusammenzuschließen, Das deutlich zu machen ist eine Aufgabe der BAG und dafür brauchen wir starke Landesarbeitsgemeinschaften.

Liebe Genossinnen und Genossen,

für mich ist die Frage von Frieden und Krieg die entscheidende Frage, der sich die BAG stellen muß, wo wir als BAG aktiv eingreifen müssen. Menschen mit Behinderungen sind auf eine besondere Weise von Kriegen und Aufrüstung betroffen. Und In den von Krieg betroffenen Ländern wie dem Jemen, Syrien oder auch der Ukraine gibt es doppelt so viele Menschen mit Behinderung wie in Deutschland.

Als Folge der Aufrüstung wird es in Deutschland massive Kürzungen im Sozialbereich geben und dies gilt doppelt für Menschen mit Behinderungen: Sie sind oft arm und benötigen zusätzliche Mittel, um teilhaben zu können.



Liebe Genossinnen und Genossen,

den Kriegstreiber:innen entgegentreten, gegen Armut zu kämpfen, Inklusion zu verteidigen und auszuweiten – dafür möchte ich im Sprecher:innenrat der BAG arbeiten, dafür kandidiere ich - und dafür bitte ich um Eure Stimme.

Rolf Kohn

Kurzvita:

Heike Häring

Griesbuck 7

91720 Absberg

Geb: 12.07.1965

In Bielefeld (NRW)

Familienstand: Single

1 Kind (1997)

Beruf: Künstlerin

Krankenschwester

Studentin an IU

„Soziale Arbeit“

PDL und Casemanagerin

AG: Regens Wagner Dillingen, Standort: Absberg

Schwerpunkt: Menschen mit Behinderung

Ich unterstütze den Leitantrag und möchte mich für eine selbstbestimmte Behindertenpolitik einsetzen, um gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Veränderungen hierzu möchte ich anstoßen und umsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Häring

Schaufelder Straße 9
D-30167 Hannover

Florian Grams Schaufelder Straße 9 30167 Hannover

**An die Mitgliederversammlung der
BAG Selbstbestimmte
Behindertenpolitik**

Tel. priv.: 0511/28 31 50 7
Fax priv.: 01212-510740841

E-Mail: florian_grams@web.de

Sparkasse Hannover
IBAN DE87 2505 0180 0020 0534 79
BIC SPKHDE2HXXX

Hannover, 15.10.2022

Kandidatur für den Sprecher:innenrat

Liebe Genossinnen und Genossen,

aus persönlichen Gründen kann ich leider nicht an der Mitgliederversammlung unserer Bundesarbeitsgemeinschaft teilnehmen. Gerne würde ich jedoch meine Tätigkeit im Sprecher:innenrat fortsetzen und bitte Euch dafür um Euer Vertrauen.

In den vergangenen Jahren habe ich mich auch im Sprecher*innenrat unserer BAG dafür eingesetzt, dass das Lebensrecht von Menschen mit Behinderungen in keinem Fall in Frage gestellt wird. Diese Diskurse gibt es im Kapitalismus immer wieder und Sozialistinnen und Sozialisten müssen hier klare Positionen vertreten, die am Lebensrecht und an der vollen gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen orientiert sind!

Ganz bewusst schreibe ich, dass es um die volle gesellschaftliche Teilhabe von allen Menschen geht, weil ich überzeugt bin, dass linke und sozialistische Praxis nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie die Kämpfe von armen und ausgegrenzten Menschen mit den Kämpfen der abhängig beschäftigten Menschen zusammen denkt und gemeinsam führt. In diesem Sinne geht es meines Erachtens darum, dass gewerkschaftliche Auseinandersetzungen nicht getrennt werden vom Kampf gegen Rassismus und Behindertenfeindlichkeit. In unserer Politik muss die Vision einer solidarischen, inklusiven – einer sozialistischen Gesellschaft sichtbar werden um eine Alternative zu den herrschenden Produktionsverhältnissen entwickeln zu können.

Gerne möchte ich auch in der kommenden Wahlperiode im Sprecher*innenrat unserer BAG mitarbeiten, um mit Euch gemeinsam daran zu wirken das wir eine Linke gestalten, die solidarisch gegen jede Form von Ausgrenzung und Ausbeutung vorgeht. Dabei möchte ich meine Kraft einsetzen, um unsere inhaltlichen Positionen zu schärfen. Außerdem möchte ich Anteil daran haben, dass wir zusammen unsere Landesarbeitsgemeinschaften stärken um zu einer stabilen Zusammenarbeit der Landesarbeitsgemeinschaften zu gelangen. Ein Mittel dazu kann sicherlich auch unser neuer Referent*innenpool sein, den wir jetzt aber mit Leben füllen müssen.

Ich bitte Euch um Euer Vertrauen und freue mich auf unsere Zusammenarbeit!

Mit knallroten Grüßen



Leitantrag

1 **Leitantrag an die Mitgliederversammlung am 22. Oktober 2022**

2 Einreicher:innen: Bundessprecher:innenrat BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

3 Die aktuellen Entwicklungen in Deutschland, in Europa und in der Welt lassen uns nicht optimistisch
4 in die Zukunft blicken, auch was die weitere Umsetzung von Inklusion und Teilhabe aller Menschen
5 anbelangt. Im Gegenteil, wir müssen bereits Errungenes verteidigen. Dabei gäbe es viel zu tun: der
6 Ausbau eines solidarischen Gesundheitssystems, die Entwicklung einer Schule für alle und eines
7 inklusiven Arbeitsmarktes, ein barrierefreier Nah- und Fernverkehr, barrierefreier Wohnungsbau,
8 mehr politische Bürger:innenbeteiligung, um nur ein paar Dinge zu nennen.

9 Dies ist offensichtlich von den Herrschenden nicht gewollt. Vielmehr müssen wir in Deutschland eine
10 Debatte um die so genannte Triage führen. Eine Debatte darüber, wer als Erster versorgt werden
11 würde, wenn intensivmedizinische Kapazitäten nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. Diese
12 Diskussion hat viele Menschen – besonders alte, kranke und behinderte – zutiefst besorgt, denn sie
13 befürchten, dass eine Einteilung in »lebenswertes« und »lebensunwertes« Leben wieder möglich
14 werden könnte. Dass viele Corona-Maßnahmen mit dem Schutz des Lebens begründet und
15 gleichzeitig die Ökonomisierung des Gesundheitssystems weiter vorangetrieben wurden, dass
16 Krankenhausbetten angesichts des Pflegenotstandes abgebaut und Krankenhäuser geschlossen
17 wurden, hat diese Sorge verschärft.

18 Und auch wenn das Bundesverfassungsgericht im Dezember 2021 urteilte, dass der Gesetzgeber
19 Vorkehrungen zum Schutz behinderter Menschen für den Fall einer pandemiebedingt auftretenden
20 Triage treffen muss – das Problem ist nicht vom Tisch. Das zeigt der aktuelle Kabinettsbeschluss zum
21 Entwurf eines Triage-Gesetzes, der die bisherige Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen
22 lediglich kosmetisch übertüncht. Wird diesem Entwurf gefolgt, soll eine mögliche Triage-
23 Entscheidung von der Überlebenswahrscheinlichkeit der Patient:innen abhängig gemacht werden,
24 statt denjenigen zuerst zu behandeln, der es am nötigsten braucht. Übersehen wird, dass in der
25 Situation der Sichtung der Patient:innen keine seröse Prognose des Behandlungserfolgs gestellt
26 werden kann. Von daher besteht nach wie vor die Gefahr, dass alte, kranke und behinderte
27 Menschen negativ begutachtet werden und schließlich der Triage zum Opfer fallen.

28 Diesen Entwicklungen müssen wir als Linke unseren Entwurf einer Gesellschaft entgegenstellen, in
29 der Mitbestimmung und Mitgestaltung aller Menschen immer weiter ausgebaut werden - einer
30 wirklich demokratischen, inklusiven Gesellschaft. Inklusion schließt alle Menschen gleichberechtigt
31 ein. Doch in der Realität findet eine immer massivere neoliberale Umverteilung von
32 gesellschaftlichem Reichtum statt und immer mehr Menschen werden aus vielen Lebensbereichen
33 ausgeschlossen. Sie werden zunehmend entsolidarisiert und verstärkt nach ihrer wirtschaftlichen
34 Verwertbarkeit beurteilt. Sie werden weiter in Armut und Perspektivlosigkeit, oftmals in die
35 Vereinsamung getrieben. Statt ihnen Mitbestimmung und Teilhabe zu ermöglichen, werden
36 Menschen noch stärker von den Almosen der Gesellschaft abhängig gemacht. Das ist das genaue
37 Gegenteil von Inklusion. Inklusion ist nach unserem Verständnis der Gegenentwurf zu Rassismus,
38 Neofaschismus und Ausgrenzung. Ein tiefgreifender Prozess zum Abbau von gesellschaftlichen
39 Ungleichheiten und Barrieren, der sich auf all die Menschen bezieht, die von Teilhabe ausgeschlossen
40 werden - aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihres Geschlechtes, aufgrund von
41 Armut, ihrer körperlichen Verfassung oder besonderer Lernbedürfnisse. Inklusion als kulturbildender
42 Prozess, der auf verschiedenen Ebenen stattfindet: beim Lernen, beim Arbeiten, in der Kommune, an
43 politischen Stammtischen, um nur einige Bereiche zu nennen. Inklusion zum Nutzen der
44 Gemeinschaft und des Einzelnen, bezogen auf alle marginalisierten Bevölkerungsgruppen, nicht nur
45 auf Menschen mit Behinderungen. Ein Prozess, der Verschiedenheit als positiven Wert, als
46 »Normalität« ansieht. Es braucht unseres Erachtens - vor allem angesichts der deutschen Geschichte,
47 die eine besondere Sensibilität verlangt - eine breite gesellschaftliche Debatte aller Beteiligten, um
48 Selektion, Euthanasie und faschistischen Entwicklungen konsequent entgegenzutreten.

49 Dafür werden wir uns als Partei mehr denn je stark machen. Und dafür wird sich auch unsere BAG
50 einsetzen.

51 Wir stellen uns für die nächste Wahlperiode vor allem folgende Aufgaben:

52 1 - In unserer Gesellschaft werden viele Menschengruppen auf Grund ihrer Besonderheiten
53 ausgegrenzt und diskriminiert, z. B. wegen ihrer ethischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion
54 oder Weltanschauung, ihrer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Identität. Dies hat
55 negative soziale und auch gesundheitliche Folgen. Eine besondere Form davon ist der Ableismus, der
56 Menschen auf eine besondere Eigenschaft oder Fähigkeit reduziert, bei Menschen mit Behinderung
57 auf ihre Behinderung. Um dem zu begegnen und das Gemeinsame stärker herauszuarbeiten, suchen
58 wir nach Wegen, uns mit anderen BAGen (z. B. Senioren, Migranten, Hartz IV) zu vernetzen.

59 2 - Wir treiben die Bewusstseinsbildung innerhalb unserer Partei voran und sensibilisieren stärker für
60 die Themen Inklusion und Teilhabe aller Mitglieder. Dazu bringen wir uns unter anderem aktiv in die
61 Ausgestaltung der Kampagne „Geht mich nichts an?!“ ein.

62 3 - Wir stärken die LAGen und intensivieren die Zusammenarbeit besonders zwischen regional
63 benachbarten LAGen. Dazu führen wir unter anderem gemeinsame Veranstaltungen durch. Beim
64 Neuaufbau von LAGen unterstützt der Sprecher*innenrat aktiv.

65 4 - Wir bringen gemeinsame Anfragen und Anträge auf den Weg. So können wir unsere Kräfte und
66 Ressourcen bündeln. (z. B. zum Thema Landesbauordnungen)

67 5 - Wir schalten uns als BAG in die aktuellen Themen der Partei ein: Mit Diskussionsbeiträgen und
68 Veröffentlichungen tragen wir unsere Positionen gegen den Krieg, gegen Auslandseinsätze der
69 Bundeswehr und gegen die Umverteilung der Kriegskosten von oben nach unten in die parteiinterne
70 und in die gesellschaftliche Debatte. Dabei weisen wir insbesondere auf die Folgen der Verschärfung
71 der sozialen Lage für Menschen mit Behinderungen hin. Wir streiten für die volle gesellschaftliche
72 Teilhabe aller Menschen und wehren uns gegen jeden Versuch, diese Teilhabe zu begrenzen oder
73 abzubauen. So selbstbewusst wir in diesem Zusammenhang die Interessen von Menschen mit
74 Behinderungen vortragen werden, so sehr werden wir uns dafür stark machen, die Kämpfe gegen
75 Ausgrenzung, Ausbeutung und Krieg zusammen zu denken und sie mit allen Betroffenen gemeinsam
76 zu führen. In diesem Sinne werden wir uns solidarisch an den kommenden Auseinandersetzungen
77 beteiligen.

Änderungsanträge

Änderungsantrag ÄA 01

Einreichende: Marion und Werner Zieger, LV Baden-Württemberg

Die Zeilen 13 und 14 werden ersetzt durch:

<p>13 <i>befürchten, dass sie an die schrecklichste Zeit der deutschen Geschichte erinnert</i> 14 <i>werden.</i></p>
--

Begründung:

Eigentlich war es bisher in der Partei gute Sitte, Begrifflichkeiten wie »lebenswertes« und »lebensunwertes« Leben, welche einen eindeutigen Ursprung haben, zu vermeiden.